

Über die Rechtsaufsichtsbehörde

an das

**Regierungspräsidium**

Ort, Datum: \_\_\_\_\_

Bearbeiter: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Aktenzeichen: \_\_\_\_\_

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung  
nach der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums für die Förderung des Baus  
von kommunalen Sporthallen und Sportfreianlagen**

**1. Antragsteller**

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	
Verwaltungsgemeinschaft	<input type="checkbox"/> Erfüllende Gemeinde
	<input type="checkbox"/> Mitgliedsgemeinde
Gemeindeschlüssel	
Bankverbindung (IBAN, BIC, Kreditinstitut)	

**2. Maßnahme**

zutreffendes bitte ankreuzen

Neubaumaßnahme

Sanierungsmaßnahme

Bezeichnung der Maßnahme (ggf. Anschrift bzw. Flurstücknummer)
Durchführungszeitraum (von - bis)

**3. Gesamtausgaben**

Gesamtausgaben der Maßnahme (lt. beiliegender Kostenberechnung)
<b>EUR</b>

#### 4. Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeiten			Gesamt- betrag
	Jahr 20	Jahr 20	Jahr 20 u. folg.	
	in 1.000 EUR			
4.1 Eigenmittel/Eigenleistungen				
4.1.1 davon - Grundstück				
4.1.2 davon - Planungsleistungen				
4.1.3 davon - Sonstiges				
4.1.4 davon - Allgemeine Haushaltsmittel				
4.2 Leistungen Dritter (ohne öffentl. Zuwendungen)				
4.3 Beantragte/bewilligte sonstige öffentliche Zuwendungen durch (Bewilligungsstelle)  - ggf. in einer Anlage näher erläutern -  - ELR - Städtebauförderung - Ausgleichstock - sonstige Programme des Bundes oder Landes				
4.4 Beantragte Landeszuwendung nach Nr. 5				
<b>Gesamtfinanzierung - Nr. 4.1 bis 4.4</b>				
<b>Gesamtausgaben nach Nr. 3</b>				

#### 5. Beantragte Investitionshilfe

Zuschuss	Anteil an den Gesamtausgaben in v.H.
<b>EUR</b>	

## **6. Begründung** (ggfs. weitere Seiten anschließen)

### **6.1 Notwendigkeit und Dringlichkeit der Maßnahme**

u. a.: bisheriger Versorgungsgrad (vorhandene Sporthallen und Sportfreianlagen mit Größe, Baujahr), Raumbedarf, vorgesehene Nutzung der Sportstätte (nutzende Schulen und Vereine, Schülerzahlen, ggf. Belegungsplan beifügen, ggf. Anteil sportfremder Nutzungen erläutern), ggf. Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen.

### **6.2 Notwendigkeit der Zuwendung und zur Finanzierung**

u. a.: Eigenmittel, Höhe der Zuwendung, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten.

## **7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen**

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers, u.s.w.)

zutreffendes bitte ankreuzen

## 8. Erklärung des Antragstellers

- 8.1 Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids begonnen.
- 8.2 Der Antragsteller ist bezüglich der Maßnahme
- nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt
  - zu \_\_\_\_\_% zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden (Preise ohne Umsatzsteuer)
- 8.3 Die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- 8.4 Für die Sportstätte wurden in den letzten 5 Jahren keine Zuwendungen aus Sportfördermitteln bewilligt.
- 8.5 Im Falle des Neubaus einer Sporthalle oder Gymnastikhalle:  
Es wird bestätigt, dass die "Grundsätze des nachhaltigen Bauens" (Bekanntmachung des Umweltministeriums im Staatsanzeiger Nr. 34 vom 29.08.2014) zur Kenntnis genommen wurden und in der Planung und Ausführung beachtet wurden bzw. werden. Es wird bestätigt, dass im Falle der Förderung das Dokumentationsverfahren im Internetportal [www.nbbw.de](http://www.nbbw.de) durchgeführt wird.
- 8.6 Folgende Genehmigungen liegen bereits vor:

## 9. Anlagen

- Bauplanentwurf/Bauplan
- Bauzeitplan
- Kostenberechnung (bei Hochbauten nach DIN 276 Teil 2 gegliedert)
- Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage
- Beschluss des Gemeinderats zum Projekt
- 
- 

---

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

- von der Rechtsaufsichtsbehörde auszufüllen -

**10. Gemeinewirtschaftsrechtliche Beurteilung**

Gegen die Durchführung der geplanten Maßnahme und die im Antrag dargestellte Finanzierung bestehen aus gemeinewirtschaftsrechtlicher Sicht

keine Bedenken

folgende Bedenken: